

Herbstparty 2015 der SVP Russikon



An der diesjährigen Herbstparty der SVP Russikon konnte Präsident Hans Aeschlimann den Ständeratskandidaten Prof. Dr. Hans-Ueli Vogt, den Nationalratskandidaten und Alt-Kantonsrat Stefan Krebs, die Kantonsräte Hans-Peter Amrein und Hans Heinrich Raths, zahlreiche Behördenmitglieder und Gäste aus umliegenden Sektionen und die Mitglieder und Sympathisanten der SVP Russikon begrüßen.

Ständeratskandidat Hans-Ueli Vogt informierte, dass die EU basierend auf dem Dubliner Abkommen auch für die Schweiz verbindliche Quoten zur Aufnahme der Flüchtlinge festlegen kann. Offenbar wurden sich anhand dieses Beispiels viele Mitbürger bewusst was automatische Rechtsübernahme aus den bilateralen Verträgen mit der EU bedeutet. So verzeichnete das Parteisekretariat eine Zunahme an Anfragen wie man die SVP im Wahlkampf unterstützen kann.

Hans-Ueli Vogt zeigte auf, dass die SVP seit Jahren konstant den richtigen Weg für die Zuwanderungsproblematik aufzeigt. Von den 80'000 bis 100'000 Personen die jährlich zuwandern, stammen etwa die Hälfte aus dem Familiennachzug. Bewilligt werden nicht nur Ehepartner und Kinder sondern auch weitere Verwandte. Dies belastet die Infrastruktur (Schulen, Umwelt, Verkehr, Sozialwerke, usw.) zusätzlich und wird im Jahre 2030 zu einer Schweiz mit 10 Mio. Einwohnern führen.

Zudem hat sich gezeigt, dass die Zuwanderer Nettobezüger nicht Nettozahler sind - also auch längerfristig Mehrkosten verursachen. Angesichts dieser Tatsache entpuppt sich die Behauptung, dass Zuwanderung den Wohlstand mehrt und die Sozialwerke sichert als falsch – genau das Gegenteil trifft zu.

Mitteparteien und Linke stilisieren die bilateralen Verträge mit der EU zur Überlebensfrage für die Schweizer Wirtschaft herauf. Hans-Ueli Vogt zeigte anhand von Beispielen auf, dass diese Verträge nicht nur im Interesse der Schweiz sind. So ist das Transitabkommen (z.B. NEAT) wohl in erster Linie im Interesse der EU. Oder das Abkommen über das öffentliche Beschaffungswesen öffnet ausländischen Anbietern den Zugang zu Projekten unserer Verwaltung. Die Wahrscheinlichkeit, dass Schweizer Unternehmer und Handwerker im Ausland Aufträge der öffentlichen Hand erhalten ist schon wegen den Unterschieden im Preisniveau wohl eher eine theoretische Option. Bundesrat und alle Parteien ausser der SVP drohen mit der Kündigung der Bilateralen infolge der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative. Es scheint, dass dies gemacht wird um sich die Beitrittsmöglichkeit der Schweiz zur EU offen zu halten.

Hans-Ueli Vogt erläutert wie das Parlament in unverantwortlicher Weise und wohl

auch oft mangels ökonomischem Wissen unseren Wohlstand und Arbeitsplätze gefährdet. Anstelle den Missbrauch bei den Sozialwerken zu bekämpfen, sollen dem Bürger mehr Lohnprozente abgezackt und eine höhere Mehrwertsteuer aufgebürdet werden. Die Energiewende führt zur Verteuerung des Stroms und belastet die Haushalte. Zusätzlich wird immer mehr für Projekte ausgegeben die nicht primär Aufgabe des Staates sind und wohl eher individuellen Interessen einzelner Politiker und ihrer Klientel genügen. Für Kulturförderung werden inzwischen mehrere hundert Millionen CHF ausgegeben. Über 4200 Millionen CHF werden für Projekte wie Friedensförderung, Entwicklungszusammenarbeit, internationale Organisationen, Kultur, usw. ins Ausland transferiert – inzwischen fast soviel wie für unsere Landesverteidigung.

Die Regulierungswut des Parlaments kennt keine Grenzen mehr. Unter der Führung der Linken und der Finanzministerin werden Banken mit immer mehr Auflagen belastet. Dies führt dazu, dass ein Drittel der Privatbanken verschwinden wird – dies zulasten der Schweizer Volkswirtschaft. Die OECD - inzwischen zum Instrument in der Schuldenfalle steckender und verzweifelter ausländischer Finanzminister geworden, erlässt immer mehr Empfehlungen, die Unternehmen und Private immer stärker abzockt und die von unseren Parlamentariern unbesehen übernommen werden. Dabei werden diese Empfehlungen von vielen Ländern nicht in der gleichen restriktiven Art umgesetzt. Dies führt zu Wettbewerbsnachteilen und daraus folgend zu Arbeitsplatzabbau. Während beispielsweise in der Stadt Zürich die Bevölkerung um 10% gewachsen ist, hat sich die Zahl der Beamten um 20% erhöht. Alles auf Kosten des allgemeinen Wohlstands.

Hans-Ueli Vogt zeigte auf, dass eine Lösung der Probleme nur erreicht werden kann, wenn das Verhältnis zur EU neu ausgehandelt wird. Dabei sind die Themen Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative, bilaterale Verträge, institutionelles Rahmenabkommen, automatische EU Rechtsübernahme, von der EU verordnete Anzahl zu übernehmender Flüchtlinge, usw. so auszuhandeln, dass nicht nur die EU Interessen berücksichtigt werden. Stimmbürger haben gegenwärtig nur dann die Garantie, dass ihre Volksvertreter sich dafür einsetzen, wenn sie SVP wählen.

Peter Ruff, Presse/Information

[Pressebericht der Herbstparty 2015](#)